

Themenbereich Nachhaltigkeit/Fairer Handel/Wirtschaft/AGENDA 2030

Mainz lebt vom Mix kleiner und großer Betriebe unterschiedlichster Branchen. Hierzu zählen attraktive Einzelhandelsgeschäfte, Dienstleistungen und Industrie.

Um weiterhin ein attraktives Umfeld für Unternehmen und deren Beschäftigte zu bieten, soll die städtische Wirtschaftsförderung Serviceplattform sein und unterstützend von der ersten Idee bis hin zur Ansiedlung tätig werden. Die Einrichtung einer Investorenleitstelle haben wir deshalb bereits in der letzten Legislaturperiode des Mainzer Stadtrates ebenso umgesetzt wie den Gründerlotsen.

Ziel ist die Ansiedlung neuer Unternehmen in unserer Stadt. Hierbei wollen wir den Wirtschaftsstandort Mainz auch qualitativ weiter entwickeln. Im Wettbewerb um Neuansiedlungen können wir als die IT- und Medienstadt profiliert auftreten und selbstbewusst akquirieren. Als Universitätsstadt wollen wir auch im Bereich der Zukunftsbranchen Neu- und Ausgründungen fördern. Mit der forschenden Universitätsmedizin und einem innovativen Umfeld an Firmen aus dem Bereich Pharma und Biotech sowie multinational tätigen Konzernen der Gesundheitswirtschaft in Mainz und Rheinhessen kann Mainz sich auch als Gesundheitsstadt ausrichten.

Der Mainzer Stadtrat hat im April 2011 mit den Stimmen der SPD beschlossen, dass sich die Landeshauptstadt Mainz an der weltweiten Fair Trade-Kampagne beteiligt. Ziel war und ist es, den Fairen Handel alltagstauglich zu machen, das heißt das Angebot an fair gehandelten Produkten in der Stadt auszuweiten, die Bürgerinnen und Bürger zu informieren und zu motivieren, vermehrt fair gehandelte Produkte zu kaufen. Dieses Anliegen wird die SPD Mainz auch weiterhin tatkräftig unterstützen.

Das Gleiche gilt für den Anschluss der Stadt Mainz an die Agenda 2030, welcher aufbauend auf den Zielen der AGENDA 21, ebenfalls mit Zustimmung der SPD-Stadtratsfraktion im April 2019 im Stadtrat verbindlich verabschiedet wurde. Kernstück der Agenda 2030 sind die sogenannten „Sustainable Development Goals (SDGs)“. In diesen 17 Zielen geht es darum, für gemeinsame Anliegen und öffentliche Güter gemeinsame Verantwortung zu übernehmen. Daher ist es uns als SPD Mainz, wie beim Fair Trade, ebenfalls sehr wichtig, dieses Anliegen weiterhin tatkräftig zu fördern. Wir werden die Möglichkeiten nutzen, sich weiter für nachhaltige Entwicklung konkret zu engagieren und eigene Maßnahmen nach innen und außen sichtbar zu machen, idealerweise in einem breiten Bündnis gemeinsam mit den lokalen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern.

Einkaufsstadt

Das Zentrenkonzept für die Landeshauptstadt Mainz hat sich zum Wohle des Einzelhandels wie der Konsumentinnen und Konsumenten aus Mainz und dem Umland bewährt. Es soll unter weiterer

regelmäßiger Fortschreibung daran festgehalten werden, um auch künftig einen starken Einzelhandel mit attraktiven Geschäften im Herzen der Innenstadt zu haben. Auch die Sicherung der Nahversorgung in den Stadtteilen wird durch das Zentrenkonzept gewährleistet.

Städtebaulich und wirtschaftspolitisch können sich mit der Umgestaltung des derzeitigen Karstadt-Areals große Chancen für die gesamte Innenstadt und den Einkaufsstandort Mainz ergeben. Nach der beispielhaften Bürgerbeteiligung im Rahmen der Ludwigstraßenforen sollen die Planungen eines Einkaufsquartiers gemäß den Leitlinien des Mainzer Stadtrats weiter vorangetrieben werden. Hierzu benötigt es eine aktuelle Bedarfsanalyse zu Verkaufs- und Büroflächen im Stadtgebiet.

Themenbereich Grün und Energie in der Stadt

Der Volkspark und der Rosengarten sollen in ihrer Funktion einer „grünen Lunge“ und als ein Naherholungsbereich durch gute Pflege und angemessene Überwachung dauerhaft erhalten bleiben. Gerade in Zeiten des Klimawandels tragen auch kleinere Grünanlagen, Dachbegrünungen, Fassadenbegrünungen und jeder einzelne Baum einen wichtigen Anteil zum Binnenklima der Stadt bei und sollen erhalten bzw. gefördert werden. Dies gilt auch für Brunnen, die aus unserer Sicht unbedingt gepflegt werden und unabhängig von Spenden in der warmen Jahreszeit funktionieren müssen.

Um den Mainzerinnen und Mainzern an möglichst vielen Orten die Möglichkeit zum Austausch und zum geselligen Miteinander zu geben, sind an geeigneten Stellen Sitzgruppen zu installieren.

Durch die „Mainzelbahn“ ist es gelungen, die Anzahl an Busbewegungen in der City zu reduzieren. Der durch uns im Stadtrat beschlossene Masterplan „Green City M³“ sieht die Nachrüstung der bestehenden Busflotte, die Umstellung auf Elektro- und Wasserstoffbusse, den Ausbau des Mietradsystems und die Optimierung der „Grünen Welle“ vor, um eine weitere Reduzierung der Luftbelastung zu erreichen.

Wir werden uns weiterhin in der Fluglärmkommission des Frankfurter Flughafens für alle Maßnahmen stark machen, die zu einer Reduzierung des Fluglärms und zu einer Verminderung der Luftbelastung durch die von den Flugzeugen ausgestoßenen Kleinstpartikel führt.

Für die Schiffe, die im Gebiet der Stadt vor Anker gehen, fordern wir eine standardmäßige Ausstattung der Liegeplätze mit Landstromverbindungen, deren Nutzung dann verbindlich vorgeschrieben ist. Durchfahrender Schwerlastverkehr soll aus der Innenstadt und anderen Wohngebieten ausgesperrt werden. Lieferverkehr soll durch Logistikkonzepte (z. B. für eine gemeinsame Auslieferung von Paketen) reduziert werden.

Das Genehmigungsverfahren für die Verfüllung des Steinbruchs Laubenheim Nord mit belastetem

Material begleiten wir kritisch und wollen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für eine vollen Kosten- und Planungstransparenz sorgen. Eine Verteuerung des Projektes über die ursprünglich eingeplanten Kosten und eine damit verbundene erhebliche Steigerung der finanziellen Risiken für die Gebühren- und Steuerzahler bzw. -zahlerinnen lehnen wir ab.

Die Schifffahrt gehört zum Rhein und zu unserer Stadt. Dazu gehören auch Stellen, an denen Binnenschiffer anlegen können, um ihre Ruhezeiten einzuhalten und Personal zu wechseln. Wir lehnen aber den intransparenten Planungsprozess von Seiten der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung für den geplanten Autoabsetzplatz und die geplanten Schiffs Liegeplätze entlang der Taunusstraße ab. Wichtig ist für uns, dass zu keiner übermäßigen Belastung der Anwohnerschaft kommt – daher ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung aus unserer Sicht notwendig. Die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung muss ein alternativer Standort insbesondere für den geplanten Autoabsetzplatz finden. Auch für die geplanten Schiffs Liegeplätze müssen alternative, praktikable Standorte geprüft und in jedem Fall eine Reduzierung vorgenommen werden. Wir werden darauf hinwirken, dass die Stadt Mainz diese Suche nach Alternativen unterstützt.

Wir setzen uns für aktiven Umweltschutz ein. Dazu gehören Vogel- und Insektenschutz, darunter weitere Bienenfütterstellen, der Schutz heimischer Pflanzen und Tierarten, naturnah gestaltete Wiesen, die Pflanzung hier heimischer Baumarten sowie die Vermeidung der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, die nachweislich umwelt- oder gesundheitsschädlich sind oder im Verdacht stehen, dies zu sein, sowie Kunststoffe. Gefällte Bäume – besonders im Innenstadtbereich – müssen schnellstmöglich nachgepflanzt werden. Anstelle des eingeführten Müllformulars des Entsorgungshofes streben wir eine nutzerfreundlichere Lösung an, die ebenfalls sicherstellt, dass Mainzerinnen und Mainzer ihren Müll fachgerecht und ohne weitere Zusatzkosten entsorgen können. Wir setzen uns für den Erhalt der Kleingartenanlagen im Mainzer Stadtgebiet insgesamt ein, nicht zuletzt in der Oberstadt.

Themenbereich Verkehr:

In der Mainzer Innenstadt tätigen wir gerade die größten Investitionen seit der Nachkriegszeit um den Verkehrsraum für alle Verkehrsteilnehmer und Fußgänger schöner und sicherer zu gestalten wie beispielweise in der „Großen Langgasse“ und am Münsterplatz.

Die Mainzelbahn ist bundesweit das größte kommunale Verkehrsinfrastrukturprojekt der jüngeren Vergangenheit. Mit 16 Haltestellen verbindet sie die Stadtteile Lerchenberg, Marienborn und Bretzenheim sowie die Universität mit dem Hauptbahnhof. Der Umstieg zur Regionalbahn in Marienborn bindet den Landkreis besser an die Stadt an. Aber wir investieren auch weiterhin in die „Mobilität der Zukunft“ wie die Nachrüstung der bestehenden Busflotte, die Umstellung auf Elektro-

und Wasserstoffbusse, den Ausbau des Mietradsystems, aber auch die Optimierung der „Grünen Welle“.

Mit der Einführung des Mainz Passes ist es uns gelungen einkommensschwachen Mainzerinnen und Mainzer ihr Recht auf Mobilität sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben insbesondere in den Bereichen Kultur, Freizeit und Sport zu ermöglichen.

Auch bei der Mobilität hat die Nachhaltigkeit für uns oberste Priorität. Mainz hat, wie kaum eine andere Stadt in Deutschland, den öffentlichen Personennahverkehr ausgebaut und ist auch mit seinem Fahrradverleihsystem vorbildlich. Unser Ziel ist es, dass auch weiterhin immer mehr Menschen den öffentlichen Personennahverkehr, Carsharing-Angebote und das Fahrrad nutzen. Dazu wollen wir durch Steigerung der Attraktivität, der Zuverlässigkeit sowie durch eine bürgerfreundliche Preispolitik des öffentlichen Personennahverkehrs Anreize für eine verstärkte Nutzung des sogenannten Umweltverbundes setzen.

Auch in Zukunft wollen wir in die Mobilitätsinfrastruktur investieren.

An den großen Einfallstraßen zur Innenstadt müssen dort, wo es möglich ist, Park & Ride-Parkplätze eingerichtet werden, die mit einem gut ausgebauten ÖPNV angebunden werden. Hierzu sollen unter anderem Möglichkeiten auf dem ehemaligen Portlandgelände, im Industriegebiet Mombach und auf dem Gelände rund um die Opel-Arena geprüft werden.

Wir streben eine digitale Vernetzung unserer Parkhäuser an, und plädieren in diesem Zusammenhang für die Einführung einer speziellen „Park-App“, weil wir glauben, dass durch ein konsequentes und modernes Parkleitsystem der Parkplatzsuchverkehr im Innenstadtbereich verringert werden kann.

Für einen weiteren Ausbau der Elektromobilität muss die Zahl der „E-Tankstellen“, einschließlich der Ladestationen für E-Bikes, in allen Stadtteilen erhöht werden. Daneben werden wir aber auch weitere Entwicklungen, wie in den Bereichen der Brennstoffzellentechnologie und der synthetischen Kraftstoffe nicht aus dem Blick verlieren.

Wir unterstützen die Planung einer „CityBahn“, die die beiden Städte Mainz und Wiesbaden sowie das Umland miteinander verbindet. Die „CityBahn“ ist dabei eine Ergänzung des bestehenden Fahrplans.

Digitalisierung (darunter auch Mobilfunk)

Die fortschreitende Digitalisierung bietet auch für die Landeshauptstadt Mainz große Chancen, das Leben der Menschen zu erleichtern und gleichzeitig für eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu sorgen.

Als moderne Stadt hat Mainz bereits begonnen, mit Hilfe der E-Government-Strategie von 2015 die Verwaltung zu digitalisieren. Dazu wollen wir einen Stadtratsausschuss für digitale Entwicklung einrichten und gemeinsam mit Verwaltung, stadtnahen Gesellschaften, Unternehmen, Zivilgesellschaft und weiteren externen Fachleuten eine ganzheitliche Digitalstrategie entwickeln.

Bei der Digitalisierung müssen alle Komponenten gleichermaßen berücksichtigt werden: Infrastruktur, Software, Daten und Datenschutz/Informationssicherheit.

Weiterhin wollen wir den flächendeckenden WLAN-Ausbau insbesondere in der Mainzer Innenstadt, an den Haltestellen und in den Bussen und Bahnen der Mainzer Mobilität, in den städtischen Einrichtungen, Ortsverwaltungen und Bürgerhäusern voranbringen. Dabei sind die Mainzer Stadtwerke und Freifunk Mainz wichtige Partner.

Digitale Technologien wollen wir auch dafür einsetzen, um Verkehrsströme zukünftig schneller und besser lenken zu können. Flexible, an das Verkehrsaufkommen angepasste Ampelschaltungen sollen dabei helfen, dass alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer zukünftig schneller an ihr Ziel kommen.

Wir möchten Mainz als Standort für die digitale Wirtschaft weiter voranbringen. Der Gutenberg Digital Hub ist dafür ein wichtiger Meilenstein.

Wir sorgen dafür, dass alle unsere Schulen eine entsprechende Breitband-Anbindung erhalten und die Räumlichkeiten damit für modernes Lernen und Lehren ausgestattet sind. Wir möchten die Volkshochschule dabei unterstützen, zukünftig verstärkt auch digitale Lehr- und Lernangebote anzubieten.